

## Auf einen Blick

Das Stadtparlament hat gestern Dienstag an seiner Aufräumungssitzung sieben Vorstösse diskutiert.

**Mehrwegbecher.** Dass an Grossveranstaltungen im öffentlichen Raum Mehrwegbecher eingesetzt werden, war im Rat unbestritten. Einzig Teile der SVP-Fraktion wünschten sich eine erneute Überprüfung der Praxis. Das entsprechende Postulat wurde nicht erheblich erklärt.

**Kesb.** Der Stadtrat soll die Unabhängigkeit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) zu den städtischen Sozialen Diensten überprüfen. Das entsprechende Postulat wurde vom Parlament einstimmig erheblich erklärt.

**Beschaffungswesen.** Bei der Kontrolle von Unternehmen, die sich um Aufträge der Stadt bewerben, braucht es keine strengeren Massnahmen. Zu diesem Schluss kam die Mehrheit des Rats und erklärte das entsprechende Postulat nicht erheblich.

**8. März.** Die Frauen in der Stadtverwaltung erhalten am Internationalen Frauentag nicht frei. Die Mehrheit des Stadtparlamentes folgte der Empfehlung des Stadtrates und erklärte eine Motion für nicht erheblich.

**Riethüsli.** Die Antworten des Stadtrates zur Interpellationsfrage, wie das Projekt «Betreutes Wohnen und Spite im Riethüsli» genau geplant ist, befriedigte Beatrice Truniger Blaser (SP) nicht. Das Thema wurde diskutiert.

**Stellenplan.** Die Interpellanten waren mit den Antworten des Stadtrates, wie er auf die Zunahme der Verwaltungsstellen durch Änderungen der Budgetpraxis reagieren will, nur teilweise zufrieden. Daraufhin folgte eine Diskussion über mögliche Massnahmen.

**Vermieter.** Lisa Etter (SP) und Andreas Hobi (Grüne) waren von den Antworten des Stadtrates zur Interpellationsfrage, ob die Stadt eine gute Vermieterin sein wolle, nur teilweise befriedigt. Das Thema löste dann auch eine Diskussion aus. (ghi/ren/vre)

## Kaum Zweifel an Mehrwegbechern

**Depot** Die Verwendung von Mehrwegbechern an Grossveranstaltungen wie dem St. Galler Fest oder dem New-Orleans-Festival hat sich bewährt. Zu diesem Schluss kommt nicht nur der Stadtrat in seiner Stellungnahme zum Postulat von Etrit Hasler (SP) und Karin Winter (SVP), sondern auch die grosse Mehrheit des Parlaments. Das System mit Mehrwegbechern war 2015 nach einer vierjährigen Pilotphase eingeführt worden. Bis auf die SVP waren sich alle Fraktionen einig, dass die ökologischen Vorteile gegenüber vereinzelt Problemen wie der Hygiene oder dem Diebstahl von Bechern überwiege. Eine erneute Überprüfung des Systems nur knapp drei Jahre nach der Einführung der neuen Praxis sei nicht sinnvoll. Das Postulat wurde mit 45 zu vier Stimmen bei vier Enthaltungen nicht erheblich erklärt. (ghi)

## Parlament gegen mehr Kontrollen

**Lohngleichheit** Unternehmen, die sich an die Lohngleichheit halten, sollten bei öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden. Die Mehrheit des Parlaments wollte diesen Vorstoss nicht erheblich erklären – die Debatte verlief hitzig.

Luca Ghiselli  
luca.ghiselli@tagblatt.ch

«Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.» Dieser Satz fiel an der Sitzung des Stadtparlaments am Dienstagabend mehr als einmal. Diskutiert wurde das Postulat von Andrea Scheck (JUSO), Alexandra Akeret (SP) und Andrea Hornstein (PFG). Sie hatten gefordert, dass die Stadt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge jene Unternehmen gezielt bevorzugt, welche sich an die Lohngleichheit halten und die Anforderungen an die Arbeitsbedingungen sowie den Arbeitsschutz erfüllen. Der Stadtrat hatte empfohlen, das Postulat für nicht erheblich zu erklären, die Mehrheit des Parlaments folgte seinem Antrag. Bis dahin verlief die Diskussion aber äusserst hitzig.

## Stichproben schrecken ab

In ihrem Votum sagte Postulantin Andrea Scheck, Frauen verdienen heute bis zu 20 Prozent weniger als Männer – ein nicht unerheblicher Anteil dieser Differenz sei unbegründet. Da reiche es schlicht nicht aus, wie bis anhin auf die Selbstdeklaration der Unternehmen zu vertrauen. «Stichprobenartige Kontrollen schrecken ab», sagte Scheck und zog einen Vergleich zum Self-Scanning-Automaten beim Grossverteiler. Es dürfe nicht sein, dass ethisch handelnde Unternehmen, welche sich an die Lohngleichheit hielten, dafür bestraft würden. Andreas Hobi (Grüne) pflichtete ihr bei: «Es ist wie bei Steuererklärungen, Hausaufgaben oder Tempovorschriften: Da käme auch niemand auf die Idee zu sagen, es braucht keine Kontrolle.»

Völlig anders sah das Manuela Ronzani (SVP). In ihrem Fraktionsvotum warnte sie davor, mit der Überweisung des Postulates dem Stadtrat eine «Beschäftigungstherapie» aufzuhalsen. «Was der Vorstoss fordert, wird



Die Mehrheit des Stadtparlaments und der Stadtrat sind der Auffassung, die Kontrollen von Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, wie zum Beispiel bei der Neugestaltung der Gassen in der Altstadt, reichen aus.  
Bild: Daniel Dorner (6. Juni 2016)

«In einem freiheitlichen Staat wie der Schweiz muss die Selbstdeklaration ausreichen.»



Andreas Dudli  
Stadtparlamentarier FDP

«Ich finde es ungeheuerlich, dass Worte wie «Freiheit» missbraucht werden, um Missstände zu rechtfertigen.»



Alexandra Akeret  
Stadtparlamentarierin SP

nämlich bereits eingehalten.» Sollten bei der Selbstdeklaration nämlich Unregelmässigkeiten auftreten, könne das städtische Kompetenzzentrum für öffentliches Vergabewesen jederzeit intervenieren.

## «Mehraufwand wäre erheblich»

Andreas Dudli (FDP) schlug in dieselbe Kerbe. Würden solche Kontrollen durchgeführt, würde man ein «Bürokratiemonster» erschaffen. «In einem freiheitlichen Staat muss die Selbstdeklaration ausreichen», sagte er. Dies wiederum stiess bei Postulantin Alexandra Akeret auf Unverständnis: «Ich finde es ungeheuerlich, dass hier Worte wie Freiheit missbraucht werden, um diesen Missstand zu rechtfertigen.»

Nachdem sich sowohl die Sprecher der CVP/EVP-, als auch der GLP-Fraktion ebenfalls gegen die Erheblichkeitserklärung des Postulates ausgesprochen hatten, ergriff Stadtpresident Thomas Scheitlin das Wort. Er betonte den Mehraufwand, den die geforderten Kontrollen zur Folge hätten. «Diese Firmen haben zum Teil Hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Solche Kontrollen ohne erheblichen Zusatzaufwand zu bewerkstelligen, ist ausgeschlossen.» Der Stadtrat nehme die Lohnungleichheit aber sehr ernst. So würde das städtische Kompetenzzentrum bei Verdacht sofort eingreifen. Das Parlament folgte mit 32 Ja zu 23 Nein bei 1 Enthaltung dem Antrag des Stadtrates, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

## Kein zusätzlicher freier Tag für die Frauen

**Gleichstellung** Am 8. März sollten Mitarbeiterinnen der Stadt einen arbeitsfreien Tag erhalten. Das Stadtparlament lehnte den Vorstoss, der dies verlangte, am Dienstag ab.

Frauen in der Stadtverwaltung müssen weiterhin auch am 8. März arbeiten. An diesem Tag forderten Andrea Schreck (JUSO), Alexandra Akeret (SP) und Andrea Hornstein (PFG) in ihrem Vorstoss «Gleichstellung jetzt!» einen freien Tag für alle städtischen Mitarbeiterinnen. Doch das Stadtparlament folgte mit 32 Ja zu 23 Nein dem Antrag des Stadtrates, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Der Abstimmung ging eine rege Diskussion ums Thema Lohnungleichheit voraus.

Postulantin Andrea Schreck wies in ihrem Votum darauf hin, dass das Lohnsystem in der Schweiz aus dem letzten Jahrhundert datiere. Lohnunterschiede gebe es darin weiterhin. Trotzdem gebe es Leute in diesem Parlament, die ihr sagen würden, dass es keine strukturellen Nachteile für Frauen gäbe. «Wenn das

so ist, wäre St. Gallen weltweit die einzige Stadt, in der das so ist.» Auch Zahlen des Bundesamtes für Statistik zeigten, dass es noch immer unbegründete Unterschiede bei den Löhnen von Frauen und Männern gäbe. Diese Zahlen liess Manuela Ronzani (SVP) nicht gelten. «Bei der Analyse von Unterschieden werden Modelle verwendet, die nie ganz genau sind, und es bleibt darum ein unerklärter Rest.» Zudem würde ein freier Tag für Frauen nur bedeuten, dass die Arbeit vor- oder nachgeholt werden müsste. Am Ende warf sie den Postulantinnen vor, Symbolpolitik zu betreiben.

## Institutionelle Ungleichheiten verhindern

Noch klarere Worte fand Andreas Dudli (FDP): «Der Vorstoss ist politischer 1. April.» Die Verantwortung des Stadtparlamentes

sei, dafür zu sorgen, dass in der Stadt eine institutionelle Ungleichheit ausgeschlossen werden könne. Dazu trage ein freier Tag nichts bei. Zudem gebe es in der Schweiz nur zwei institutionelle Ungleichbehandlungen von Mann und Frau: Militärdienst und AHV-Eintrittsalter. Dafür sei aber nicht das Stadtparlament zuständig. Gesetze wie von den Postulantinnen gefordert, dürften aber auch nicht auf kommunaler Ebene geschaffen werden.

Darauf entgegnete Vica Mitrovic (SP), dass das Parlament Ideen haben dürfe und mutig sein solle. Weiteren Gegenwind für den zusätzlichen freien Tag gab es von Karin Winter (SVP). Sie warf die Frage auf, wieso die Postulantinnen nur für städtische weibliche Angestellte einen freien Tag forderten. «Ich glaube nicht, dass Unternehmen nachziehen werden.» Daraufhin mel-

dete sich Peter Olibet (SP): «Wir sind die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber dieser Frauen. Nur hier können wir etwas machen.»

## «Lohnungleichheit ist kein Aprilscherz»

Postulantin Andrea Hornstein beharrte darauf, dass es Lohnungleichheit in der Schweiz noch gebe. «Und das ist leider kein Aprilscherz», sagte sie in Anspielung auf die Aussage von Andreas Dudli. Zudem stehe nicht der freie Tag für Frauen im Zentrum. «Wir wollen ein Zeichen setzen und Druck machen.» Wenn der Stadtrat beweise, dass es in der Stadtverwaltung keine strukturelle Ungleichheit gebe, wäre ein freier Tag nicht nötig. Stadtpresident Thomas Scheitlin versicherte, dass in der Stadt keine systematische Ungleichheit bestehe. «Wir haben entsprechende Massnahmen eingeleitet.» (ren)

## Den Ausbau des Stellenplans der Stadt bremsen

**Wachstum** Die Direktionen der Stadt weisen zurecht ein Stellenwachstum auf. Volk und Parlament haben einer gewissen Aufstockung zugestimmt. «Es entsteht aber der Eindruck, dass einmal genehmigte Stellen für die Ewigkeit bestehen», sagte Felix Keller (FDP), der zusammen mit Michael Hugentobler (CVP), Christoph Wettach (Grünliberale) und Karin Winter (SVP) die Interpellation «Zunahme der Verwaltungsstelle durch Änderung der Budgetpraxis in den Griff bekommen» eingereicht hatte. Keller rief dazu auf, dem Wachstum Einhalt zu gebieten. Karin Winter fügte an, dass bei Pensionierungen geprüft werden müsse, ob eine Stelle noch nötig sei. Stadtpresident Thomas Scheitlin versicherte, dass jede Stelle, die ersetzt werde, zuerst durch den Stadtrat freigegeben werden müsse. Eine Plafonierung der Stellenzahl sei kein in der Praxis praktikables Mittel. (ren)